

Sehr geehrte Frau Präsidentin Jessel,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zum heutigen Vernetzungskolloquium. Sie wissen, wie sehr ich mich im Hauptberuf und zahlreichen Ehrenämtern für die Synthese von Umwelt-, Natur-, Arten- und Klimaschutz eingesetzt habe und weiterhin einsetze. Daher habe ich gerne zugesagt, den Standpunkt der EE-Branchen zu vertreten.

Der BEE ist der Dachverband aller deutschen Erneuerbaren-Energie-Technologien, deren Interessen wir im politischen und medialen Bereich in Berlin und Brüssel vertreten. Insoweit bündeln wir seit nunmehr fast 25 Jahren die Positionen von Windkraft und Solarwirtschaft ebenso wie von den Biogas- und Bioenergieproduzenten bis hin zur kleinen Wasserkraft und der oberflächennahen und tiefen Erdwärme und den Wärmepumpen. In diesen Branchen sind gut 350.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig. Wir arbeiten hart daran, nicht nur die wirtschaftlichen Ziele dieser Menschen und Unternehmen durch gute rechtliche Rahmenbedingungen zu begleiten, sondern auch die Energiewende als entscheidendem Hebel für mehr Klimaschutz voranzutreiben.

BM Hendricks hat auf unserem BEE-Neujahrsempfang vor knapp 2 Wochen gesagt, dass nach den Klimaschutzverhandlungen in Paris eins klar sei: die EE müssen schneller ausgebaut werden als bisher und zwar in allen Bereichen Strom, Wärme und Mobilität. Dahinter steht die von uns geteilte Überzeugung, dass der Kohleausstieg rascher vorankommen muss. **Die Kohlestrommengen müssen durch ein Mehr an sauberem Strom ersetzt werden, was bislang nicht in dem Ausbauplan der Bundesregierung berücksichtigt ist. Technisch ist dies ohne weiteres möglich, dass haben die Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt. Wirtschaftlich ist es auch.**

Wir sehen deshalb mit großer Sorge, wie sich Teile der Politik dennoch am willkürlichen 45 Prozent-Deckel für grünen Strom im Jahr 2025 festbeißen. Der Anteil fossiler Energieträger würde damit von der Bundesregierung bei 55 Prozent im Jahr 2025 im Stromsektor zementiert. Beinahe so als hätte es Paris nie gegeben! Mit seinem Klimaschutzdeckel und der Missachtung der Bürgerenergie würde das EEG 2016 einen massiven Angriff auf unsere Branche darstellen. Für den BEE ist der Erhalt der Akteursvielfalt, d.h., eine Energiewende mit Bürgern, Mittelstand und Industrie von allergrößter Bedeutung. Dezentralität und Vielfalt der Akteure bieten die Gewähr für eine große Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung.

Dabei liegen die Zahlen durch die neue BEE-Studie des Energieexperten Dr. Joachim Nitsch auf dem Tisch: Würde man den Ökostrom bei 45 Prozent deckeln, hätten wir eine gewaltige Lücke in unserer Klimabilanz. Um die verbindlichen Ziele von Paris zu erreichen, bräuchten wir 2025 mindestens 60 Prozent sauberen Strom. Wenn es weitergeht wie bisher, dann kann Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2020 nur um 32% gegenüber 1990 mindern und wird damit sein Reduktionsziel von 40% deutlich verfehlen. Ohne engagiertes Gegensteuern wird Deutschland bis 2050 seine Treibhausgase nur um 58% statt um die angestrebten 95% verringern.

Und der weitere Ausbau der Erneuerbaren wird, davon bin ich überzeugt, auch naturverträglich möglich sein.

Wobei ich nicht damit meine, dass die beiden Säulen eines zukünftigen Energiemarktes Wind- und Solarkraft keine Eingriffe in Natur- und Landschaft mit sich bringen werden. Die vollständige Umstellung auf eine regenerative Energieversorgung wird die Landschaften in Deutschland verändern. Deutschland wird dann anders aussehen, wenngleich nicht so schmerzhaft Wunden in die Ökosysteme geschlagen werden, wie dies etwa durch Braun- und Steinkohleabbau oder durch radioaktive Strahlung und Atommülllager der Fall ist. Aber wir werden neue „Energielandschaften“ sehen und zwar mehr oder weniger unabhängig davon, wieviel Energie wir am Ende insgesamt brauchen (bzw. eingespart haben) und wie effizient wir den Rest erzeugen und nutzen. Für diesen Veränderungsprozess brauchen wir den breiten Dialog mit der Bevölkerung und mit den Fachleuten wie Ihnen. Und wir brauchen eine verlässliche wissenschaftliche Basis von Daten und Wissen, die bei den anstehenden Entscheidungsprozessen als allgemein anerkannte Grundlage genutzt werden kann.

Deshalb freue ich mich, dass das BfN eine so große Zahl an Studien zu Naturschutz und EE in Auftrag gegeben hat (und überhaupt geben konnte) und diese in den nächsten zwei Tagen miteinander vernetzen möchte.

Wo kommen wir her?

Die bisherige Energieerzeugung hat kaum Rücksicht auf Natur und Landschaft genommen. Seien es die quadratkilometergroßen Braunkohletagebaue, wo naturschutzfachlich wertvolle Landschaften unwiderruflich abgegraben werden.

Seien es die Spätfolgen wie die Verockerung der Spree. Gleichzeitig stoßen die Kohlekraftwerke jährlich sieben Tonnen Quecksilber aus, knapp dreiviertel des deutschen Gesamtausstoßes.

Die Folgen der Erdölförderung einschließlich des Frackings muss ich hier nicht ausführen. Aber auch die europäische Erdgasförderung bleibt nicht ohne Folgen, wie die weiträumigen Bodenabsenkungen in der Provinz Groningen in den Niederlanden zeigen.

Nach Berechnungen des UBA für die Jahre 2007 bis 2013 entstanden durch feinstaubbedingte Erkrankungen ca. 41.000 vorzeitige Sterbefälle (2010) in Deutschland sowie volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von jährlich zwischen circa 144 und 163 Milliarden Euro. Im Mittel lagen die volkswirtschaftlichen Kosten damit bei etwa 153 Milliarden Euro¹. Feinstaub entsteht vor allem durch die Kohleverbrennung und öl- und benzinbetriebene Heizungen und Fahrzeuge. Wenn Menschen daran sterben, dann sterben aus demselben Grund auch Tiere und Arten. Ein weiteres Argument für die schnelle Transformation in allen Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.

Heute drehen sich bereits ca. 26.000 Windkraftträder in Deutschland. Der weitere Ausbau an Land und auf See ist sicherlich der derzeit am stärksten umstrittene Aspekt der Energiewende – viele Windparkprojekte werden durch Nabu- und/ oder BUND-Ortsgruppen gerichtlich angefochten, verzögert oder unmöglich gemacht, stets mit dem Argument von Arten- und Naturschutz. Szenarien zeigen übrigens, dass wir bis zu einer Vollversorgung mit sauberem Strom gar nicht diese Zahl von 26.000 an Land vervielfachen müssen, sondern es aufgrund der Leistungssteigerung auf 3 bis 5 MW bei dieser Anlagenzahl bleiben kann – es werden also in naher Zukunft eher die vorhandenen Standorte an Land zu repowern sein, als dass viele neue Standorte erschlossen werden müssen.

Das 2014 beschlossene „Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende“, gefördert mit Mitteln des BfN, könnte ein wichtiger Ort für die Moderation vieler Konflikte werden. Wir würden uns sehr wünschen, dass die Arbeit jetzt spürbar und erkennbar wird, nachdem 2015 noch dem „Aufbau der Arbeitsfähigkeit“ gewidmet

¹ Veröffentlichung in UMID 2-2015, S. 69ff.

war². Es ist vordringlich, die Anlässe für naturschutzrechtlich begründete Klagen gegen Windparks zu reduzieren, indem durch praktische Vermittlungsarbeit und praxisorientierte Forschungsvorhaben beispielsweise geklärt wird, welchen Stellenwert das „Helgoländer Papier“ zum Vogelschutz und zu dem Abstandsregeln für Windkraftanlagen hat. Uns erscheinen die Festlegungen zu abstrakt, um die vielen Einzelfragen am konkreten Projektstandort im Hinblick auf unterschiedlichste Populationen und deren Verhalten(sänderung) zu beantworten.

Wo wollen wir hin?

Das Ergebnis von Paris bedeutet für Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts die vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft. **Dies wiederum bedeutet eine Pflicht zur Dekarbonisierung der Energieerzeugung bis 2040**, da Industrie und Landwirtschaft weitere, vorerst unvermeidbare Mengen emittieren werden. Und selbst das würde noch nicht den 1,5 Grad-Pfad bedeuten. Demnach müssten wir im Energiesektor bereits 2035 dekarbonisiert sein, wie Greenpeace in der vorletzten Woche anhand einer Studie gezeigt hat.

Im Energiesektor haben wir also nur noch maximal 25 Jahre Zeit die Stromversorgung, die Wärmeversorgung und die Mobilität auf 100 % EE umzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir den Wärmeverbrauch deutlich senken und den Verkehrssektor stark elektrifizieren und wir brauchen den gesamten EE-Mix: Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie.

Zu bedenken ist bei diesem Szenario, dass der Stromverbrauch steigen wird. Einfach aufgrund der Tatsache, dass zusätzlicher Strom in den Wärme- und im Mobilitätssektor verbraucht werden wird. Was wiederum mehr Anlagen in Natur- und Landschaft zur Folge haben wird.

Was brauchen wir dafür?

Die Menschen in der EE-Branche sind, so ist meine Erfahrung, vom dem Wunsch getrieben, saubere Energie zu erzeugen und die Natur zu schützen. Gleichzeitig sind sie Unternehmer, die Gewinn erwirtschaften wollen und ihre Mitarbeiter bezahlen müssen. Dementsprechend stehen sie unter dem wirtschaftlichen Druck, ihre Anlagen an den besten Standorten effizient zu errichten und zu betreiben. Dies kann

² Vgl. <http://www.dnr.de/projekte/kompetenzzentrum-naturschutz-und-energiewende/index.html>

mit dem Natur- und Artenschutz kollidieren, wo manche Fragen aufgrund der Schnelligkeit der Entwicklung noch gar nicht beantwortet sind – ich komme darauf zurück. Dann hilft es jedoch nicht zu argumentieren, dass der Klimaschutz ohne Erneuerbare Energien unmöglich erreichbar ist und ohne Klimaschutz die zu schützenden Arten sowieso weg sein werden. Dies wäre zu kurz gesprungen. Man kann den Klimaschutz nicht über den Schutz der Biodiversität stellen, sondern muss Lösungen finden, die beidem gerecht werden.

Die Betreiber und Planer brauchen also die Informationen was sie dürfen und was sie nicht dürfen. Und sie brauchen den Dialog mit den Naturschutzfachleuten, um bei den Projekten vor Ort die optimale Lösung zu finden.

Notwendig sind zum einen Grundlagendaten aus einem flächendeckenden Monitoring, um neue technische Entwicklungen schnell beurteilen zu können. Das Wissen um 50m hohe Windkraftanlagen und die in dieser Höhe fliegenden Vögel und Fledermäuse ist unzureichend, wenn die aktuellen Anlagen bis zu 270 m mit der Flügelspitze reichen.

Aufpassen muss die Naturschutzforschung dann, wenn mit den Argumenten des Natur- und Artenschutzes eigentlich die Energiewende als Ganzes verurteilt wird. Damit würden sich die Umweltforscher und Naturschützer vor den falschen Karren der fossilen Besitzstandswahrer spannen lassen. Für den BEE möchte ich klarstellen: über das Wie der Energiewende lässt sich streiten und das sollten wir tun. Über das Ob brauchen wir nach Paris nicht mehr zu diskutieren. Nicht mal über das „Wie schnell“ kann man nach Paris diskutieren. Die Antwort lautet immer: schneller.

Wir dürfen uns also mit den Fundamentalgegnern, wenn möglich, nicht zu lange aufhalten. Dafür ist zu wenig Zeit.

Ich komme daher nun zu den abzuleitenden Vorschlägen für die Naturschutzforschung.

Lassen Sie mich zunächst über einige übergeordnete Themen sprechen:

1. Umfassende Datenerhebungen und Informationsportale

Ein bundesweites Kataster müsste zeigen, welches die Vorranggebiete für Wind, Solar & Co. einerseits und für Vögel, Fledermäuse & Pflanzen sind. Dieses würde die Planungskosten senken und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Die Idee ist übrigens auch im Arbeitskreis der Umweltstiftungen

im Oktober 2014 sehr befürwortet worden. Wenn diese Informationen frei zugänglich wären, könnten die Entwicklungsziele für Naturschutz und Energiewende besser in Einklang gebracht werden.

2. Forschung zur Wahrnehmung der Landschaftsveränderungen, zu subjektiven Einstellungen zur „Heimat“ und allgemein zur Akzeptanz

Viele Windkraftgegner argumentieren abstrakt mit technischen Gefahren (Infraschall) oder Artenschutz (Rotmilan). Auch wenn diese Aspekte ebenfalls weiter erforscht werden müssen, steht für diese Menschen tatsächlich vor allem die Sorge im Vordergrund, dass ihr gewohntes Landschaftsbild, ihre „Heimat“, verändert wird. Wie und warum derartige Belange im Rahmen der behördlichen Abwägung und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sind, wäre meines Erachtens ein wichtiges Forschungsthema. In der Akzeptanzforschung muss es also weitergehen. Dabei sollten auch Ausbauszenarien erarbeitet werden, die den Landschaftswandel visualisieren und in die öffentliche Diskussion tragen.

3. Verstärkte gemeinsame Prozesse zu Mindestanforderungen und Standards

Für die im Zusammenhang mit der Planung und Zulassung konkreter Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien erforderliche Prognose und Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen auf Natur und Landschaft werden dringend weitere Methodenstandards benötigt, um die Unsicherheiten in den zuständigen Behörden abzubauen. Auf diese Weise könnten die anzuwendenden Methoden und die konkrete Ausgestaltung der Nutzungen formuliert werden, die dann anschließend in konkreten gemeinsamen Modellprojekten umgesetzt werden.

4. Forschung zur räumlichen und rechtlichen Steuerung bis hin zur Flexibilisierung von Genehmigungsanforderungen

Die räumliche Steuerung der EE-Nutzung erlangt zunehmende Bedeutung (Landesplanung, Regionalplanung, Bauleitplanung). Um mehr Planungssicherheit zu erlangen, ist es sinnvoll die Instrumente auf den unterschiedlichen Planungsebenen weiter so zu qualifizieren, dass die Naturschutzbelange frühzeitig einfließen können und konfliktrträgliche Räume identifiziert werden können, damit sie möglichst von Anfang an

gemieden werden. Hierzu sind Konzepte, Strategien, gemeinsame Bewertung der Potenziale zum EE-Ausbau, Darstellung von naturschutzfachlicher Raumempfindlichkeit und -wertigkeit gemeinsam zu entwickeln.

Ich komme jetzt zu den technologiespezifischen Vorschlägen.

1. Netze

Hier ist meines Erachtens noch viel zu tun. Uns fehlen Erkenntnisse zum Vogelschlag an Hochspannungsleitungen und zu Präventionsmaßnahmen. Ebenso stellt das Primat der Erdverkabelung neue Forschungsfragen: wie wirkt sich die Erwärmung des Bodens auf Flora und Fauna aus? Welche Pflanzen können und dürfen auf den Schneisen angepflanzt werden? Wie wirkt sich die Strahlung im und oberhalb des Erdbodens aus?

2. Windkraft

Fast alle Studienvorhaben haben einen Bezug zur Windenergie. Dies wird ihrer Rolle im zukünftigen Energiemix als Leistungsträger gerecht. Auf viele Belange und Fragestellungen bin ich eben schon eingegangen: Akzeptanzforschung, Vogel- und Fledermausschutz und Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren.

Die besonderen Herausforderungen von Windkraftanlagen im Wald werden von vielen Studienprojekten schon direkt adressiert. Hier sollte weiter geforscht werden.

Relativ am Anfang steht auch noch die Forschung zu den Auswirkungen der Windkraft auf See. Die Offshore-Industrie – und um großindustrielle Anlagen handelt es sich – stößt immer wieder auf bislang unbekannte und überraschende Entwicklungen. Teils positive, wie die Tatsache, dass sich im Bereich von bestehenden Windparks mehr Fische und andere Flora und Fauna ansiedeln also zuvor. Teils negative, wie die Beeinträchtigung der Schweinswale durch den Gründungsschall beim Bau.

3. Solaranlagen

Die installierte PV-Leistung wird bei einem klimagerechten Ausbau über 100 GW betragen und neben dem Wind den Großteil der Stromproduktion

leisten. Diese werden zu wirtschaftlichen Preisen nicht nur auf Dächer installiert werden können. Die Entwicklung der Batterietechnik treibt die Eigennutzung von PV-Strom im Gewerbe und in Haushalten vor Ort zwar voran, aber auch Freiflächenanlagen werden ihren Platz im Energiemix der Zukunft benötigen. Die zukünftige Wärmeversorgung wird zudem nicht ohne Freiflächen-Solarthermie auskommen, wie das Beispiel Dänemark zeigt, die in Fernwärmenetze einspeist.

Deshalb ist der Wunsch an die Naturschutzforschung noch stärker, die ökologischen Verbesserungsmöglichkeiten durch Freiflächenanlagen zu erforschen. Das laufende Vernetzungsvorhaben hat dies zumindest zum Teil im Blick. Bei den Freiflächenanlagen entlang von Verkehrsadern gilt es aber zu bedenken, dass diese einen höheren Flächenverbrauch haben, da die Flächenzuschnitte fast nie optimal sind.

4. Bioenergie

Zur Bioenergie möchte ich folgende Vorbemerkung machen: Die Folgen der konventionellen Landwirtschaft, Verlust der Biodiversität, Pestizideinsatz, Überdüngung von Böden und Gewässern, Bodenerosion usw. würden auch ohne die Nutzung von Nachwachsenden Rohstoffen nicht verschwinden. Es handelt sich in erster Linie und vor allem um ein landwirtschaftliches Problemfeld. An dem sich der Naturschutz schon seit Jahren die Zähne ausbeißt.

Gleichzeitig sind der Energiesektor und insbesondere die EEG-Förderung eigentlich ein guter Hebel, die Form der Flächennutzung im gewünschten Sinne zu steuern. Die Bioenergieverbände und die Naturschutzverbände haben dieses verbindende Element in der letzten EEG-Novelle nicht erkannt. In der Folge ist der weitere Biogasausbau zwar faktisch gestoppt, aber kein Problem gelöst. Inzwischen ist eine zentrale Position unseres Mitglieds Fachverband Biogas, dass für neue Biogasanlagen keine zusätzlichen Maisanbauflächen erforderlich sein sollen.

Dabei würde der Biogasbedarf im Stromsektor nur noch bis zu einem gewissen Grad steigen. Die originäre Aufgabe von Biogas wird die des

Lückenfüllers für Wind und Sonne sein. Die installierte Leistung würde sich dazu fast verdoppeln, aber nur um in kürzerer Zeit die gleiche Menge Biogas zur Stromproduktion zu nutzen.

Im Mobilitätsbereich ist Bioenergie die einzige sofort verfügbare Alternative zu Erdöl. Hier gilt die Gleichung: je weniger Bioenergie, desto größer der Strombedarf, desto mehr Wind- und PV-Anlagen in der Landschaft.

Die Wünsche an Naturschutzforschung sind insoweit:

- Die Forschung an mehrjährige Wildblumenpflanzenmischungen erfolgt zwar über die FNR. Aber ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, dass der Wechsel von Mais hin zu Kulturen, die z.T. ohne Pestizid- und Stickstoffdüngereinsatz auskommen, eine deutliche Verbesserung darstellen würde. Vor der derzeitigen Diskussion der Anschlussfinanzierung für bestehende Biogasanlagen, die in den nächsten Jahren aus dem EEG fallen, wäre die Kopplung an einen Übergang zu ökologischen Einsatzstoffen eine denkbare Option.
- Kurzumtriebsplantagen (KUP) werden in Deutschland noch nicht in größerem Maße betrieben. Dies obgleich die Holznutzung für den klimagerechten Ausbau im Wärmesektor immer wichtiger werden wird. Das Ziel von Forschungsvorhaben wäre demnach, die KUP als Strukturelement und Lebensraum zu gestalten (wie frühere Knicks und Wallhecken).
- Die Naturschutzforschung sollte aus Sicht der Holzenergie auch die Frage beantworten können, wie die Erhaltung der walddispersen biologischen Vielfalt zielgenauer erreicht werden kann, ohne „prophylaktisch“ immer mehr Wälder und immer mehr Biotopbäume und aus der Nutzung zu nehmen.
- Die Flächenkulisse für die 5 % gemäß der Nationalen Biodiversitätsstrategie aus der Nutzung genommenen Wälder kann nicht strikt statistisch-repräsentativ entsprechend dem Anteil an den natürlichen Wäldern festgelegt werden. Wenn etwa 70 % der Wälder

von Natur aus Buchenwälder wären, dann wäre es nicht richtig, dass sich 70 % der aus der Nutzung genommenen Wälder langfristig zu Buchenwäldern entwickeln würden. Vielmehr müssen m.E. seltene Waldtypen, wie z.B. Schlucht- und Auenwälder, bei dieser Flächenkulisse überrepräsentiert sein. Daher brauchen wir eine asymmetrisch repräsentative“ Flächenkulisse, bei der seltene Waldtypen überrepräsentiert sein müssen und häufige eher unterrepräsentiert. Die Naturschutzforschung muss hierfür die Grundlagen schaffen.

- Beim Thema Waldrestholznutzung muss die Forschung die Erkenntnisse liefern, um beurteilen zu können, auf welchen Standorten welche Mengen an Waldrestholz genutzt werden können, ohne die Nährstoffnachhaltigkeit zu gefährden. Eine einheitliche Derbholzgrenze³ von 7 cm scheint hierfür nicht geeignet zu sein.

5. Wasserkraft

Die ökologischen Anforderungen an die Wasserkraft sind in den letzten Jahren stetig gestiegen, was die Betreiber mittlerweile vor finanzielle Probleme stellt. Die EEG-Förderung reicht oft, nicht um diese Anforderungen, z.B. für eine neue Bewilligung, zu refinanzieren. Gleichzeitig haben die zahlreichen dezentralen Anlagen eine netz- und systemstützende Funktion. Ohne Wasserkraftanlagen würde der Netzausbaubedarf auf Niederspannungs- und Mittelspannungsebene um bis zu 50 % zunehmen.

Die Wasserkraft als die älteste EE wünscht sich folgendes von der Naturschutzforschung:

- Die stärkere Nutzung neuentwickelter Erfassungsmethoden (Radar, Senderausstattung („Besenderung“)) für Fischarten und die schnelle Berücksichtigung in der naturschutzfachlichen Bewertung.

³ Definition: „Oberirdische Holzmasse mit einem Durchmesser von über 7 cm mit Rinde. Bäume unter 7 cm Bruthöhendurchmesser sind kein Derbholz.“, siehe <https://www.bundeswaldinventur.de/index.php?id=422>

- Die stärkere Erforschung der verschiedenen Einflüsse auf Populationen und ihre Dynamik, sprich welche Verluste verträgt welche Population?
- Die Errichtung neuer Anlagenkonzepte an verschiedenen Standorten und deren Monitoring über einen längeren Zeitraum
- Naturschutzforschung und ihre Organisationen sollten ihre vorhandenen Erkenntnisse im Übrigen stärker im Rahmen der EEG-Reformdebatte einbringen, damit diese traditionelle Energieerzeugung nicht gänzlich an die Wand gedrückt wird.

[Geothermie und Umweltwärme

Hierzu haben uns die Spartenverbände keine neuen Hinweise gegeben.]

Insbesondere die Veränderung des Landschaftsbildes wird eine breite öffentliche Diskussion benötigen, um hier nicht mit der Energiewende zu scheitern. Denn über Geschmack lässt sich bekanntlich trefflich streiten. Gleichzeitig können und sollen nach meiner Überzeugung in dieser Debatte alle Natur- und Artenschutzaspekte mit diskutiert werden. Helfen Sie uns die Diskussion mit dem notwendigen Tiefgang zu führen.

Ich wünsche Ihnen allen eine weitere intensive und ertragreiche Diskussionen. Sie arbeiten einem sehr wichtigen Punkt für das Gelingen der Energiewende, welche in der Öffentlichkeit derzeit von Fragen der Energiepreise, Versorgungssicherheit, Marktintegration und so fort überlagert wird. Und nur mit einer gelingenden Energiewende erreichen wir den existenziell notwendigen Klimaschutz!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.